

Ein Plädoyer gegen die Delegitimierung der DDR

Interview mit Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff

Herr Dr. Wolff, die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und Sympathisanten unseres Vereins sowie der Leser unseres monatlichen Informationsblattes »ISOR aktuell« kennt Sie als engagierten Juristen und aufklärenden Publizisten in der DDR, aber auch als Verteidiger politischer Verantwortungsträger der DDR vor der westdeutschen politischen Strafjustiz.

Mit dem kürzlich bei »edition ost« erschienenem Sachbuch „Einigkeit und Recht - Die DDR und die deutsche Justiz« haben Sie sehr überzeugend und faktenreich Funktion und Aufgabenstellung der westdeutschen Justiz im sogenannten Einigungsprozess analysiert.

Sie haben damit gleichzeitig bei vielen früheren DDR-Bürgern, auch bei Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR, das Selbstbewusstsein, für ihren Staat ehrlich gearbeitet und Leistungen erbracht zu haben, erheblich befördert.

Inwieweit ist es Ihrer Meinung nach der westdeutschen Politik und Justiz gelungen, der Forderung des einstigen Justizministers Kinkel auf dem Richtertag im September 1991 in Köln, die DDR zu delegitimieren, sie als Unrechtsstaat und zweite deutsche Diktatur zu denunzieren, zu entsprechen?

Dr. Wolff: Unzweifelhaft ist das misslungen. Die von Generalstaatsanwalt Schaefgen genannten Zahlen und Fakten beweisen es eindeutig. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass die Öffentlichkeit davon nicht unterrichtet ist. Die Medien haben über die Bilanz der sogenannten Vergangenheitsbewältigung nichts berichtet. Die Bilanz war ihnen zu negativ. In der Öffentlichkeit blieb daher bestehen, was die Medien ständig über Prozesse gegen DDR-Bürger berichteten, was selbst in den Unterhaltungssendungen des Fernsehens verbreitet wurde, ja, was Hubertus Knabe noch heute verbreitet oder verbreiten lässt: In der DDR wurde gefoltert, wurden Zwangsadoptionen und Einweisungen Normaler in die Psychiatrie vorgenommen. Niemand nimmt zur Kenntnis, dass dies alles unwahr ist. Immer noch wird der Stasi-Vorwurf benutzt, um politische Geg-

ner, die frei gewählt worden sind, aus dem parlamentarischen Leben und überhaupt aus der Politik auszuschalten.

ISOR: Der Einigungsprozess, insbesondere die Herstellung der »inneren Einheit« ist bisher gescheitert.

Noch immer werden große Gruppen früherer DDR-Bürger politisch, beruflich und sozial ausgegrenzt, ungleich behandelt und diskriminiert. Sehen Sie in absehbarer Zeit eine Möglichkeit, diesen Zustand zu ändern?

Dr. Wolff: Diese Möglichkeit besteht nur, wenn mit Festigkeit den Unwahrheiten entgegen getreten wird, wenn deutlich gemacht wird, dass die Verleumdung der DDR und ihrer Bürger benutzt wird, um den Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau zu schwächen, wenn nicht zu brechen. Man sagt DDR und meint Sozialismus und echte Demokratie.

ISOR: Politik, Justiz und Medien veranstalten seit Jahren mehrheitlich einen Feldzug gegen den Staat DDR und seine ehemaligen Mitarbeiter. Sie fordern »Aufarbeitung« und »Vergangenheitsbewältigung« und unterhalten dazu ein Heer von steuerfinanzierten Personen und zahlreichen Institutionen.

Was haben deren Aktivitäten in den vergangenen 15 Jahren tatsächlich erbracht?

Hätten die »alten Bundesländer« angesichts des Einsatzes von Zehntausenden ehemaligen Nazi-Funktionären in Staat, Politik und Justiz der jungen BRD oder der 125.000 Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten und antifaschistische Widerstandskämpfer mit tausenden Verurteilungen nicht viel eher Anlass, ihre Geschichte »aufzuarbeiten« und ihre »Vergangenheit zu bewältigen«?

Dr. Wolff: Selbstverständlich hätten aus der Geschichte andere Lehren gezogen werden müssen. Die Verharmlosung, ja Verklärung der preußisch-deutschen Vergangenheit ist entlarvend. Preußische Könige und deutsche Kaiser haben immer Demokraten, Sozialisten und Kommunisten verfolgt. Heute lobt man Friedrich Wilhelm IV., dessen Soldaten die Freiheits- und Einigungsbestrebungen deutscher

Patrioten blutig unterdrückten, heute werden deutsche Kaiser, die das Sozialistengesetz, die Niederschlagung des Boxeraufstands in China und der Pariser Kommune sowie den Krieg von 1870/71, den Völkermord an den Hereros und den ersten Weltkrieg zu verantworten haben, in allen möglichen Formen geehrt. Es gibt eine Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, Kaiserbäder, Hindenburgstraßen usw. Der Standardkommentar zum Grundgesetz wurde von dem ehemaligen Nazi und aktiven Neofaschisten Maunz herausgegeben, der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog war sein Schüler. Niemand verliert auch nur ein Wort darüber.

ISOR: Das Bundesverfassungsgericht hat im Juni 2004 zwei bemerkenswerte Entscheidungen getroffen. Am 22. Juni wurde die Verfassungsbeschwerde eines ISOR-Mitglieds gegen § 7 AAÜG (Rentenstrafrecht) zur Entscheidung nicht angenommen, einen Tag später wurde die Entgeltbegrenzung für sogenannte E3-Gehaltsempfänger für verfassungswidrig erklärt und der Bundestag aufgefordert bis zum 30.06.05 eine entsprechende gesetzliche Regelung zu schaffen.

Das ist am 12. Mai 2005 mit den Stimmen der anwesenden Abgeordneten außer den beiden mutigen PDS-Frauen erfolgt mit dem Ergebnis, dass das Rentenstrafrecht nicht nur erhalten blieb, sondern noch erweitert wurde.

Wie erklären Sie sich eine solche Entwicklung, und wie sollte Ihrer Meinung nach darauf reagiert werden?

Dr. Wolff: Die Überlegungen und gar die Motive der Richter des Bundesverfassungsgerichts kann ich natürlich nicht erkennen. Deutlich scheint mir aber zu sein, die Ausgrenzung der ehemaligen offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit schaltet einen erheblichen Teil der Sozialisten aus der DDR, der DDR-Elite, aus dem öffentlichen Leben aus. Sie stellt eine politische Verfolgung unter dem Mantel der Reaktion auf ein unbewiesenes menschenrechts- und rechtsstaatswidriges Verhalten einer großen Gruppe von Menschen dar. Der Beweis individueller Schuld wird durch eine unbewiesene Kollektivschuld ersetzt. Damit wird die Linke in Deutschland entscheidend geschwächt. Das halte ich für den Hintergrund dieses Vorgehens.

ISOR: Wann und unter welchen Bedingungen können Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Verleumdung ehemaliger DDR-Bürger tatsächlich überwunden sein?

Was können wir als Verein und was kann jeder Einzelne dazu tun?

Dr. Wolff: Der Einzelne kann wenig tun. Er muss sich mit anderen zusammenschließen. Die Wahrheit über die DDR und ihre Organe muss verbreitet werden. Es darf kein Zurückweichen vor den nebulösen Verdächtigungen geben, es muss vielmehr gezeigt werden, dass fundamentale Grundrechte durch Ungleichbe-

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand behandelte auf seiner Sitzung am 26. Oktober 2005 das weitere, mit anderen Verbänden abgestimmte, Vorgehen gegen die konkreten Auswirkungen des Ersten Änderungsgesetzes zum AAÜG. Horst Parton informierte über diesbezügliche Gespräche mit den Vorsitzenden des BRH und der Ehemaligen Ost im DBwV sowie mit Partnern der Initiative für gerechte Altersversorgung (IGA). ISOR wird Aktivitäten, die der Verhinderung der Durchsetzung der Festlegungen des 1. AAÜG ÄndG dienen, wirksam, auch finanziell, unterstützen. Es muss verhindert werden, dass neue Kategorien von Strafrentnern entstehen und die Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juni 2004 gegenüber den E 3-Betroffenen unterlaufen werden. Dazu dienen weitgehend abgestimmte Aktivitäten, vor allem Musterverfahren und Verfassungsbeschwerden. ISOR sieht in der ersatzlosen Streichung des § 6 AAÜG eine entscheidende Voraussetzung für die Beseitigung des noch verbliebenen Rentenstrafrechts insgesamt.

Zur Vorbereitung der Vertreterversammlung am 12. November 2005 in Berlin beriet der Vorstand erste Entwürfe für Referat und Entschließung. Es wird darauf ankommen, die aus Sparsamkeitsgründen auf einen Tag verkürzte Zeit effektiv und diszipliniert zu nutzen.

Außerdem wurde darüber informiert, dass die »Birthler«-Behörde unter Bezugnahme auf das ohnehin fragwürdige »Stasi-Unterlagen-Gesetz« die Herausgabe von Daten, die beim Bundesverwaltungsamt vorliegen und von ISOR für die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS dringend benötigt werden, verweigert hat.

Der Vorstand hat umgehend gegen dieses offenbar abgekartete Spiel Widerspruch eingelegt, bis jetzt allerdings ohne Wirkungen. Er fordert die ISOR-Mitglieder auf, diesen Widerspruch mit Protestbriefen an die Birthler-Behörde nachhaltig zu unterstützen, wozu nebstehende Textempfehlung gegeben wird.

Absender

Datum

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR,
Frau Marianne Birthler

Otto-Braun-Str. 70–72
10178 Berlin

Sehr geehrte Frau Birthler, mit diesem Schreiben wende ich mich gegen Ihre Weigerung, aus den Unterlagen des MfS/AfNS vom Bundesverwaltungsamt ermittelte Daten herauszugeben, wie Sie in dem ablehnenden Bescheid vom 23. September 2005 an ISOR e.V. verfügen. Ich bin Mitglied der ISOR e.V. und persönlich von dieser Ablehnung betroffen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 22. Juni 2004 zur Verfassungsmäßigkeit von § 7 AAÜG eine erneute Überprüfung in Aussicht gestellt, wenn neue rechtserhebliche Tatsachen über die Einkommensverhältnisse des MfS/AfNS vorgelegt werden.

Diese rechtliche Möglichkeit kann nur dann wahrgenommen werden, wenn Sie die in Ihrer Behörde vorhandenen Daten meinem Verein, ISOR e.V., dazu zugänglich machen. Nach meinem Rechtsverständnis verstößt diese Weigerung Ihrer Behörde gegen allgemein rechtsstaatliche Prinzipien und gegen meine Persönlichkeitsrechte.

Ich bitte Sie, dieses Schreiben als Beschwerde im Sinne des Artikels 17 Grundgesetz zu behandeln und erwarte Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Zum Herbsttreffen der »Grenzer«

Am 29. Oktober 2005 trafen sich nahezu 300 ehemalige »Grenzer« und Gäste zum traditionellen Herbsttreffen. Zum Thema »15 Jahre danach – (Wieder) Vereinigung – Beitritt – Anschluss oder feindliche Übernahme?« und zur Bewertung der Ergebnisse der Wahl zum Deutschen Bundestag sprach einleitend der Präsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV), Prof. Dr. Siegfried Prokop. Seine Bilanz im Hinblick auf die Ostdeutschen war nachhaltig negativ, seine Ausblicke waren wenig optimistisch. Er appellierte an die mehrfach schon bewiesene Solidarität der Verbände, sich den erkennbaren Plänen für spürbare Einschnitte in den sozialen Leistungen energisch zu widersetzen.

Der 83-jährige ehemalige DDR-Verteidigungsminister, Armeegeneral a.D. Heinz Keßler, und der ehemalige Chef des Hauptstabes der NVA, Generaloberst a.D. Fritz Streletz, beide von der westdeutschen politischen Strafjustiz zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, sprachen zu grundsätzlichen Fragen und erzielten dabei auch starke emotionale Wirkungen.

Im Mittelpunkt standen dabei die Würdigung der Disziplin der Angehörigen der Grenztruppen in der komplizierten Zeit der Grenzöffnung 1989 und die Versuche westdeutscher Politiker, Juristen und politischer Provokateure, den verantwortungsvollen Grenzdienst zu missbrauchen, um die DDR als »Unrechtsstaat« und die Grenztruppen der DDR als schießwütige Mörder zu denunzieren.

Herbert Becker, Vorsitzender der Kameradschaft Ehemalige im DBwV Ost, bemängelte erkennbare Absichten, auch in der Bundeswehr soziale Leistungen abzubauen. Er kritisierte offensichtliche Defizite in der Gleichstellung der Soldaten Ost-West und informierte, dass zur 17. Hauptversammlung des Bundeswehrverbandes im November 2005 zahlreiche Anträge in dieser Richtung vorliegen.

Die gesamte Veranstaltung strahlte Zusammengehörigkeit in Wort und Tat sowie tiefe Solidarität aus.

Grüßschreiben an und Geldsammlung für inhaftierte Kundschafter, Unterstützung der Initiativen zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges in den 50er Jahren in Westdeutschland und das starke Interesse der Teilnehmer an der angebotenen politischen Literatur waren dafür deutliche Indikatoren.

Es war unverkennbar, dass ISOR e.V. in den Mitgliedern der AG Grenze der GRH gute Freunde und Mitstreiter im Kampf um Rentengerechtigkeit und Gleichbehandlung Ostdeutscher hat.

Wolfgang Stuchly

➤ Fortsetzung von Seite 1

Ein Plädoyer gegen die Delegitimierung der DDR

handlung, Diskriminierung und Verleumdung verletzt werden und Deutschland in eine Richtung gelenkt wird, die in Jahrhunderten nur Unglück über seine Bürger gebracht hat.

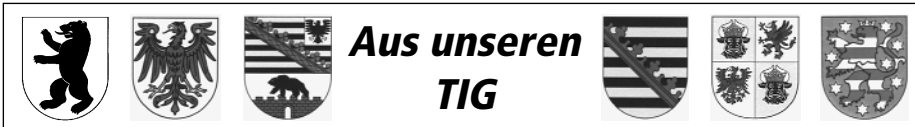
ISOR: Vielen Dank, Herr Dr. Friedrich Wolff, für die aufschlussreichen und orientierenden Antworten auf unsere Fragen.

(Die Fragen stellte Dr. Wolfgang Stuchly, ISOR Pressesprecher)

Friedrich Wolff

»Einigkeit und Recht – Die DDR und die deutsche Justiz«

edition ost 2005, 224 S., 14,90 Eur
ISBN 3-360-01062-0



Gemeinschaftsveranstaltung der im Harzkuratorium für soziale Gerechtigkeit wirkenden Vereine

Am Samstag, dem 8. Oktober hatten wir als Harzkuratorium, in welchem ISOR, DBwV, GRH, GBM und BRH der Kreise **Quedlinburg, Wernigerode** und **Halberstadt** seit einigen Jahren den Kampf gegen Rentenungerechtigkeit und Sozialabbau zur Erhöhung der Wirksamkeit strategisch koordinieren, zu einer Informationsveranstaltung nach Quedlinburg geladen. Mit den Freunden der ISOR des Kreises Aschersleben waren der Einladung über 200 Freunde und Kameraden gefolgt.

Als Gastredner traten der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR Egon Krenz und der ISOR-Vorsitzende Horst Parton auf.

Anlass unserer Bemühungen für eine solche Veranstaltung war die Feststellung von nachlassendem Gesamtinteresse, politischer Kampfmüdigkeit und aufkommende Zweifel am Erfolg unserer weiteren Aktivitäten für soziale Gerechtigkeit, insbesondere der Beseitigung des Rentenstrafrechts für ehemalige MfS-Angehörige bei einigen Mitgliedern.

Andererseits hatten wir durch umfangreiche Bemühungen eine Reihe von potentiellen Mitgliedern zur Teilnahme bewegen können, um sie erstmals authentisch mit den früher oder später auch auf sie selbst zukommenden Problemen der sozialen Benachteiligung zu konfrontieren und zum Nachdenken über eine eventuelle Mitgliedschaft zu veranlassen.

Nicht zuletzt war es beabsichtigt, Aufmerksamkeit für die im Harzkuratorium wirkenden Vereine zu erzielen.

Eines unserer wesentlichsten Ansinnen bestand jedoch darin, vom ehemals ersten Mann der DDR nach nunmehr 16 Jahren endlich einmal verbindliche Antworten auf die Fragen zu erhalten, die sich immer wieder um das »Warum?« bzw. »Wer trug die Verantwortung?« rankten und bisher darüber nur spekuliert werden konnte bzw. auf die verleumderischen Veröffentlichungen in den Medien zunächst zurückgegriffen wurde.

Gleichzeitig beabsichtigten wir, mit der Biographie von Egon Krenz nach dem Zusammenbruch der DDR unseren Mitgliedern und den bis jetzt noch abseits Stehenden Mut und Hoffnung zu machen, selbst unter den kaum noch zu überbietenden Diskriminierungen erfolgreich für eine Sache einzutreten, d.h. in unserem Fall speziell für die Beseitigung des Rentenstrafrechtes.

Horst Parton hat in seiner ihm eigenen souveränen und für alle verständlichen Art und Weise die bisherigen Erfolge, den gegenwärtigen Stand aber auch die noch zu überwindenden Hürden im Kampf um endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts deutlich gemacht. Er hat dabei insbesondere auf die z.Z. existierenden politischen Barrieren hingewiesen, die komplizierte juristische Seite erläutert und auch nicht verschwiegen, dass es noch ein langer und kostenaufwendiger Weg bis zum Ziel sein wird. Er hat auch nicht ausgeklammert, wie kontraproduktiv es ist, wenn vorwiegend ehemalige MfS-Angehörige resignieren bzw. ihren Austritt erklären.

Wesentlich waren jedoch für alle seine Fakten und Beweise, dass es sich trotz aller Probleme und Schwierigkeiten lohnt, unter der Flagge der Solidarität in unserem gemeinsamen Kampf nicht nachzulassen. Unter anderem verwies er dabei insbesondere auf die jetzt im Bundestag in Fraktionsstärke vertretende Linkspartei.PDS und auf den Erfolg unserer Protestaktion hinsichtlich der nunmehr erzwungenen Akteneinsicht bei der »Birthler«-Behörde.

Nachdem Egon Krenz als Betroffener des Rentenstrafrechts und GRH-Mitglied bezugnehmend auf die Ausführungen von Horst Parton sprach, ging er auf die Ereignisse in der damaligen Parteizentrale in Berlin ein. Zu diesen zurückliegenden Ereignissen, Prozessen, Personen, Entscheidungen, eigenem Verhalten und Fehlern beantwortete er Fragen. Auch zu seiner Person selbst und zu jetzigen politischen Entwicklungen bis hin zu seiner Haltung zur Linkspartei.PDS stand er Rede und Antwort. Er ist keiner Frage ausgewichen und hat ehrlich und selbstkritisch Stellung genommen.

Seine Haltung ist nach wie vor geprägt von hoher Verantwortung, deshalb hat er auch kein Verständnis für solche ehemaligen Weggefährten, die sich ahnungslos stellen oder für Geld und andere sogenannte Anerkennungen ihre Gesinnung aufgegeben haben. Egon Krenz hat überzeugend demonstriert, dass er trotz Haft und vielerlei Repressalien seiner kommunistischen Grundeinstellung treu geblieben ist, keinerlei Verbitterung zeigt und den ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe nach wie vor solidarisch verbunden ist. Dafür tritt er aktiv ein und hat allen nochmals für ihr besonnenes Verhalten im Herbst 89 besonders gedankt. Mit seinen Ausführungen hat er uns anschaulich vorgeführt, dass es sich lohnt, trotz übelster Verleumdungen und Diskreditierungen mutig und aufrecht zu gehen, klug und konsequent zu handeln und bei zwischenzeitlichen Misserfolgen nicht gleich zu resignieren.

Heinz Tischner

An der Mitgliederversammlung der TIG Gera zur Wahl des neuen Vorstands der TIG und der Delegierten zur Vertreterversammlung der ISOR nahmen als Gäste der Vorsitzende des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS Thüringen Dieter Hausold und die Vorsitzenden der Gruppen der Stadt Gera des BRH Siegfried Schneider und der GBM Horst Dietrich teil.

Der TIG-Vorsitzende Walter Hande konnte in seinem Rechenschaftsbericht eine positive Bilanz der Arbeit der TIG ziehen. Der Mitgliederbestand konnte durch Neuworbungen konstant gehalten werden, Abgänge aufgrund von Todesfällen und Austritten wurden ausgeglichen. 50 Prozent der Mitglieder des Vorstands konnten durch jüngere Freunde ersetzt werden. Ca. 300 Petitionen mit der Aufforderung, das noch bestehende Rentenstrafrecht für ehemalige Angehörige des MfS/AfNS zu beseitigen, wurden an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Abgeordnete aller Parteien und Ebenen übersandt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder wurde durch vielfältige Veranstaltungen gestärkt.

Willi Nießen



Der Vorstand der TIG **Berlin-Köpenick** lud, wie schon im Jahre 2004, Mitglieder der Basisgruppen unserer TIG sowie Sympathisanten von ISOR zu einer 4-tägigen Kurzreise in die Tschechische Republik ein. Ziel war Stare Plavy am Machasee, einem der schönsten Seen im waldreichen Nordböhmen. In bewährter Abstimmung mit dem Reiseveranstalter tuk wurde ein vielseitiges Programm angeboten. Auch diese Reise diente dazu, den Zusammenhalt und die Solidarität unserer Mitglieder im Kampf um Rentengerechtigkeit weiter zu stärken.

Dieter Uhlemann



In **Erfurt** befassten sich Vorstand und Kassierer der TIG aus aktuellem Anlass mit der Rolle der Bundesbehörde unter Gauck und Birthler in den 15 Jahren seit dem Anschluss der DDR an die BRD: Zurückhaltung bei der Herausgabe der Daten über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der ehemaligen Mitarbeiter des MfS, Äußerungen über angebliche Stasi-Zuträger unter den neuen Bundestagsabgeordneten, permanente Diffamierung der DDR und Verleumdung des MfS.

Wäre es nicht die Aufgabe dieser Behörde gewesen, nicht zuletzt bei der Beratung und Beschlussfassung der Änderung des AAÜG, Regierung und Bundestag über die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit bei der Ermittlung und Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen während der Nazizeit zu informieren?

Mit der Erweiterung des unter Rentenstrafbestimmungen fallenden Personenkreises wurden auch Staatsanwälte und Richter erfasst, die Ermittlungen gegen SS-Offiziere und Schar-